

Luzern

Instabiles Fundament

Der Kanton Luzern kommt auch in den nächsten Jahren nicht aus den Miesen heraus. Die Steuern fließen zu spärlich, die Tiefsteuerstrategie zahlt sich bisher nicht aus. Deshalb sucht die Regierung händeringend nach anderen Einnahmemöglichkeiten und streckt die Hand auch nach dem Geld der Gemeinden aus.

Von Manuela Talenta



Im Gebiet Schlund in Kriens wird mit der Überbauung Schweighof das erste 2000-Watt-Areal der Zentralschweiz realisiert.

Das Jahr 2012 war ein Schicksalsjahr in der Geschichte des Kantons Luzern. Er senkte die Unternehmenssteuern um die Hälfte und katapultierte sich damit an die Spitze der Tiefsteuerkantone – und an den Anfang einer finanziellen Abwärtsspirale. Die Erfolgsrechnung für 2017 weist ein Defizit von knapp 38 Millionen Franken aus. Dass es kleiner ausfiel als angenommen, führte die Regierung laut einer Mitteilung auf eine «strenge Ausgabendisziplin in allen Hauptaufgaben» zurück, die noch durch den budgetlosen Zustand verstärkt worden sei. Zur Erinnerung: Um auf der Einnahmenseite mehr Geld abzuschöpfen, drehte die Regierung im Voranschlag für das Jahr 2017 an der Steuerschraube – und kassierte vom Volk dafür eine saftige Ohrfeige. Es lehnte in einem Referendum die Steuererhöhung ab, wodurch das Budget seine Gültigkeit verlor. Erst im September 2017 wurde der Kanton wieder handlungsfähig. Insofern überrascht das «bessere» Ergebnis der Erfolgsrechnung nicht.

Aber ein Minus bleibt ein Minus – auch wegen der Steuern. Die Erträge blieben nämlich hinter den Erwartungen zurück, und zwar um rund 23 Millionen Franken. Das betrifft sowohl die Steuern der natürlichen Personen als auch jene der Unternehmen. Ebenso hat die Tiefsteuerstrategie Auswirkungen auf die Zahlungen aus dem nationalen Finanzausgleich. Luzern ist zwar ein Nehmerkanton, doch durch die grösse-

re Steuerkraft fliesst immer weniger Geld. Erhielt er 2011, ein Jahr vor der Halbierung der Unternehmenssteuern, noch 360 Millionen, werden es bis 2021 weniger als 100 Millionen sein.

Geld von den Gemeinden

Auch für die kommenden Jahre rechnet der Kanton Luzern mit roten Zahlen. Das Budget für das laufende Jahr sieht einen Aufwandüberschuss von 43 Millionen Franken vor. 2019 und 2020 ortet er Finanzierungslücken von 27,5 beziehungsweise 20,5 Millionen. Was also tun? Die Idee der Regierung: Die Gemeinden anzapfen. Konkret will sie dies mit der Aufgaben- und Finanzreform 2018 (AFR18) bewerkstelligen, die den Kanton um 20 Millionen zu Ungunsten der Kommunen entlasten soll. «Die Haushaltssituation der Gemeinden hat sich infolge der Finanzreform 08, bei der die Aufgaben zwischen Gemeinden und Kanton neu geordnet wurden, und wachsenden Steuereinnahmen deutlich günstiger entwickelt als die Haushaltssituation des Kantons», schrieb der Regierungsrat im September letzten Jahres in seiner Mitteilung zum Budget 2018.

Dass es den Gemeinden besser geht, stimmt insofern, als dass sie 2016 einen Ertragsüberschuss von zusammengerechnet 144 Millionen Franken erzielten. Aber es ist nicht alles Gold, was glänzt. Der Verband der Luzerner Gemeinden (VLG), der mit Ausnahme der Stadt Luzern

alle Gemeinden vertritt, schätzt die finanzielle Situation der Kommunen etwas anders ein, wie er in einem Interview mit der «Luzerner Zeitung» sagte: «Wesentliche Teile der Überschüsse sind nicht nachhaltig, weil sie aus Buchgewinnen von Auslagerungen und Landverkäufen stammen.»

Der Verband will den Kanton dennoch nicht ganz hängenlassen. Die Gemeinden sind bereit, Mehrbelastungen von fünf Millionen Franken zu übernehmen. Zwar tragen sie die AFR18 in ihren Eckwerten mit – aber sie sparen dabei nicht an Kritik. Auch nicht untereinander. So äusserten sich kürzlich sechs ressourcenstarke Gemeinden an einer Pressekonferenz. Sie werfen dem Kanton vor, sein Budget entlasten zu wollen und künftige Kostensteigerungen auf die Gemeinden abzuschieben. Darob wiederum entrüsteten sich die Ortsparteien CVP, FDP, SP und SVP der ressourcenschwachen Gemeinde Buchrain in einem Leserbrief: «Reiche Gemeinden und Zentrums-gemeinden oder Städte haben ein eher grosses Ertrags- und damit auch Gestaltungspotenzial. Davon möchten sie möglichst wenig an den Kanton abgeben oder an finanzschwächere Gemeinden umverteilen. Hier spielt keine Solidarität.»

Auch die Kantonsratsparteien können sich mit der vorgeschlagenen Reform nicht anfreunden, wie eine Befragung der «Luzerner Zeitung» ergeben hat. Die CVP als stärkste Kraft sieht in der Botschaft lediglich ein «Zwischenergebnis mit vielen offenen Fragen». Auch die SVP ist der

Meinung, dass die Botschaft noch keine mehrheitsfähige Lösung darstellt – obwohl man einer solchen näher stehe als zuvor. Die Volkspartei unterstützt die Stossrichtung, stellt sich aber bei der Mehrbelastung auf die Seite der Gemeinden. Denn ohne deren Unterstützung würde die Vorlage ein Gemeindereferendum provozieren und letztlich scheitern. Die FDP als drittstärkste Fraktion findet deutliche Worte: «Die Massnahmen sind nicht umsetzbar und politisch inakzeptabel.» Die SP spricht von einer «untauglichen Reform». Sie sei «unausgewogen und chancenlos». Die Grünen wollen, dass die Vorlage sistiert wird, bis die eidgenössische Steuervorlage (SV 17) wie auch die damit einhergehende kantonale Steuerreform 2020 zumindest die parlamentarischen Hürden geschafft haben. Und auch die Grünliberalen als kleinste Fraktion können nichts mit der vorgeschlagenen AFR18 anfangen. Der Regierungsrat solle sie mit dem VLG grundlegend überarbeiten.

Geld von den Unternehmen

In der Steuervorlage 17 des Bundes ortet Luzern eine weitere potenzielle Geldquelle für die maroden Kantonsfinanzen. Nach der Ablehnung der Unternehmenssteuerreform III durch das Schweizer Stimmvolk ist dies der zweite Anlauf, um den international nicht mehr anerkannten Sonderstatus für kantonale Statusgesellschaften abzuschaffen. Die SV 17 wird derzeit in den eidgenös-

sischen Räten behandelt. Mit der kantonalen Steuergesetzrevision 2020 will der Regierungsrat die Vorgaben des Bundesrechts ins kantonale Recht überführen und stellt dabei auch eine laut einer Mitteilung «moderate» Erhöhung um 0,1 Prozentpunkte des Gewinn tarifs und des Vermögenstarifs zur Diskussion – eine kleine Korrektur in der Tiefsteuerstrategie. Denn auch die Unternehmen sollen einen «angemessenen Beitrag zur Finanzierung der steigenden Ausgaben des Kantons und der Gemeinden» leisten. Der Regierungsrat schickte die Vorlage im Mai in die Vernehmlassung.

Gibt es noch etwas zu sparen?

Die Steuern sind der Dreh- und Angelpunkt eines jeden Kantonshaushalts. Man sollte also vorsichtig sein, wenn man die Schraube zu heftig anzieht oder – wie im Fall von Luzern – die Zügel extrem lockert. So gesteht denn auch die Regierung das eine oder andere Versäumnis ein. Regierungsrat Guido Graf gegenüber der «Luzerner Zeitung»: «Wir hätten vor der Umsetzung der Tiefsteuerstrategie Reserven bilden müssen. Wir sind ohne Kriegskasse gestartet. Diese hätte es gebraucht, um Verzögerungen bei den Erträgen zu überbrücken.» Auch die Ausfälle beim NFA habe man unterschätzt. Dennoch rückt die Exekutive (fast) kein Jota von der eingeschlagenen Richtung ab. Graf: «Die Richtung stimmt. Wir brauchen einfach etwas mehr Zeit.»

Die könnte allerdings knapp werden. Ein Blick auf die Entwicklung der Leerwohnungsziffer zeigt: Sie steigt und steigt. Standen 2009 noch etwas mehr als 1000 Wohnungen leer, hat sich die Zahl inzwischen fast verdreifacht. Per Anfang Juni betrug sie (provisorisch) 1,46 Prozent. Das sind 2830 Wohnungen, in denen niemand wohnt. Die innere Agglomeration trägt dabei die Hauptlast. Über 1000 leere Wohnungen befinden sich hier, davon 480 allein in Kriens. Die Gemeinde, die sich seit Kurzem Stadt nennen darf, musste innerhalb nur eines Jahres eine Verzehnfachung hinnehmen. Dies dürfte vor allem an der regen Bautätigkeit liegen, die hier seit ein paar Jahren vorstättengeht. Es dauert immer eine gewisse Zeit, bis ein solch grosses Überangebot vom Markt absorbiert wird. Ergo wird es auch noch dauern, bis die Steuergelder bei natürlichen Personen wieder kräftiger zu fließen beginnen.

Ähnliches gilt für die Unternehmenssteuern. Der neue Wirtschaftsförderer des Kantons, Ivan Buck, sagt in einem Interview mit der «Luzerner Zeitung»: «Wie viele Firmen sich im laufenden Jahr hier ansiedeln würden, kann ich nicht sagen. Fakt ist, dass das Ansiedlungsgeschäft in den kommenden Jahren nicht einfacher wird. Der Steuerwettbewerb unter den Kantonen nimmt zu.»

Das Spiel auf Zeit hat eben auch seine Tücken. Ob Luzern den nötigen Schnauf hat, wird sich in den nächsten Jahren zeigen. Da der Kanton seine Reservoirs vor 2012 nicht für die zu erwartende Durststrecke gefüllt hat, muss er weiterhin ans Eingemachte gehen. Die Hochrechnung von Ende Juni zum budgetierten Defizit im laufenden Jahr lässt jedoch wenigstens ein Fünkchen Hoffnung aufkeimen. Demnach fällt das Minus um neun Millionen Franken tiefer aus. Demgegenüber rechnet man aber schon wieder mit weniger Steuererträgen als budgetiert, und zwar mit 17 fehlenden Millionen, die Finanzdirektor Marcel Schwerzmann auf der Ausgabenseite kompensieren will, wie es in der «Luzerner Zeitung» heisst. Die Grünen meinen dazu lakonisch: «Wegzusparen gibt es im Kanton Luzern schon lange nichts mehr.» ■